



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

SOC/363

"Menschen mit Behinderungen: Beschäftigung und Barrierefreiheit"

Brüssel, den 17. März 2010

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
zum Thema

"Menschen mit Behinderungen: Beschäftigung und schrittweise Erreichung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in der EU. Lissabon-Strategie nach 2010"
(Sondierungsstellungnahme)

Berichterstatter: **Miguel Ángel CABRA DE LUNA**

Mit Schreiben vom 23. Juli 2009 ersuchte der Staatssekretär für die Europäische Union des spanischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit, Diego LÓPEZ GARRIDO, im Namen des künftigen spanischen Ratsvorsitzes den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags um die Erarbeitung einer Sondierungsstellungnahme zu dem Thema:

"Menschen mit Behinderungen: Beschäftigung und schrittweise Erreichung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in der EU. Lissabon-Strategie nach 2010".

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft nahm ihre Stellungnahme am 23. Februar 2010 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 461. Plenartagung am 17./18. März (Sitzung vom 17. März 2010) mit 152 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

*

* *

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

EU-Strategie bis 2020

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)¹ fordert, bei der Verabschiedung der EU-Strategie bis 2020, der Beschäftigungsleitlinien und der Sozialagenda einen Abschnitt zum Thema Behinderung vorzusehen, um sicherzustellen, dass es bereichsübergreifend und in koordinierter Form in allen Gemeinschaftspolitiken berücksichtigt wird.
- 1.2 Der Ausschuss erinnert daran, dass die Aufnahme von Kriterien zur Förderung der Behindertenpolitik in die künftige EU-Strategie bis 2020 Auswirkungen auf die wirtschaftliche Ertragskraft der gesamten Gesellschaft haben und somit zu Fortschritten bei der sozialen Eingliederung und Nichtdiskriminierung führen wird.
- 1.3 Der Ausschuss hält einen "Europäischen Pakt für Menschen mit Behinderungen" für notwendig, mit dem die Grundlage für eine neue europäische Behindertenpolitik geschaffen wird. Dieser Pakt sollte im Einklang stehen mit der künftigen Strategie der EU-Kommission für Menschen mit Behinderungen im Rahmen des Vertrags von Lissabon und des UN-Übereinkommens mit dem Zusatzprotokoll über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, dem die Europäische Union und die Mitgliedstaaten so rasch wie möglich beitreten sollten.

- 1.4 Der Ausschuss fordert innovationsfördernde Maßnahmen, die sich auf statistische Daten stützen und bewirken, dass die Situation der Menschen mit Behinderungen in allen europäischen und nationalen Statistiken erkennbar gemacht wird.

Beschäftigung und Menschen mit Behinderungen

- 1.5 Der Ausschuss setzt sich für einen alle Menschen integrierenden Markt ein und weist darauf hin, dass sich die beschäftigungspolitischen Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen auf einen Ansatz stützen müssen, der im Leben eines Menschen alle Prozesse im Zusammenhang mit der Beschäftigung umfasst ("Lifestreaming"), und der sich insbesondere auf die Ausbildung, Einstellung, Arbeitsplatzsicherung und die berufliche Wiedereingliederung konzentriert. In der künftigen EU-Strategie bis 2020 und der neuen Strategie der Kommission für Menschen mit Behinderungen müssen Maßnahmen für *junge* Menschen mit angeborenen wie auch mit erworbenen Behinderungen Vorrang haben.
- 1.6 Der Ausschuss fordert die Kommission auf, innerhalb eines Jahres einen Bericht über die Umsetzung der Bestimmungen aus der Richtlinie 2000/78/EG über Behinderung und Beschäftigung vorzulegen.
- 1.7 Der Ausschuss erinnert daran, dass die Einstellung behinderter Menschen im regulären Arbeitsumfeld die Entwicklung entsprechender Sozialdienste und materielle und ideelle Anreize voraussetzt. Darüber hinaus erkennt er die Rolle der Unternehmen an, die überwiegend Menschen mit Behinderungen beschäftigen, und ganz allgemein die Rolle der Unternehmen der Sozialwirtschaft und diejenige der KMU, die ebenfalls Fördermaßnahmen der Sozialdienste und angemessene Anreize benötigen; damit unterstreicht der Ausschuss die Bedeutung der Sozialpartner in diesem Bereich.
- 1.8 Der Ausschuss fordert Sensibilisierungsmaßnahmen, die den noch immer bestehenden Vorurteilen gegenüber Arbeitnehmern mit Behinderungen entgegenwirken sollen, und weist auf die Rolle der Medien bei der Anerkennung der Vielfalt hin.

Barrierefreiheit

- 1.9 Der Ausschuss bekräftigt, dass die Barrierefreiheit der gesamten Gesellschaft und nicht nur den Menschen mit Behinderungen zugute kommt und den Unternehmen mehr Kunden beschert.
- 1.10 Was die Barrierefreiheit betrifft, empfiehlt der Ausschuss deren progressive Verwirklichung mittels gemeinsamer kurz-, mittel- und langfristiger Ziele (einschließlich einer eindeutigen und verbindlichen Frist für bereits vorhandene und neue Produkte, Dienstleistungen und Infrastrukturen).

- 1.11 Der Ausschuss unterstützt die Initiative Europäische Hauptstadt der allgemeinen Barrierefreiheit.
- 1.12 Der Ausschuss weist auf die dringende Notwendigkeit hin, Rechtsvorschriften über den barrierefreien Zugang zu den Diensten der Informationsgesellschaft zu erlassen, und bekräftigt seine Unterstützung des Prinzips "Design für alle" und für die Entwicklung von Normen für Barrierefreiheit; er fordert einen entsprechenden konkreten Aktionsplan noch vor 2011 und befürwortet die Entwicklung eines "Europäischen Behindertenausweises", mit dem grenzüberschreitende Reisen behinderter Menschen und die gegenseitige Anerkennung ihrer Rechte erleichtert werden sollen.

Geschlechtergleichstellung und Behinderung

- 1.13 Die Geschlechtergleichstellung muss als Querschnittsthema in die Konzeption, Entwicklung, Weiterverfolgung und Bewertung der Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen einbezogen werden, um der derzeitigen Situation abzuweichen, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen häufig diskriminiert oder einfach außer Acht gelassen werden.

Sozialer Dialog und Behinderung

- 1.14 Der Ausschuss stellt fest, dass den Sozialpartnern für die Gewährleistung, dass die Menschen mit Behinderungen unter gleichen Bedingungen wie alle anderen Arbeitnehmer, d.h. zu angemessenen und gerechten Arbeitsbedingungen arbeiten, große Bedeutung zukommt.
- 1.15 Die Sozialpartner müssen den Aspekt Behinderung in allen ihren Maßnahmen und branchenübergreifenden sowie branchen- und unternehmensbezogenen Verhandlungen aufgreifen, insbesondere was die Beschäftigung, die Barrierefreiheit und den Sozialschutz angeht.

Beteiligung und ziviler Dialog

- 1.16 Der Ausschuss bekräftigt seine uneingeschränkte Unterstützung des Grundsatzes "Für Personen mit Behinderungen nichts ohne ihre Mitwirkung". Dieses Prinzip muss in der EU-Strategie bis 2020 sowie auch in den öffentlich finanzierten Programmen für Behinderte angewandt werden.
- 1.17 Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten müssen die Förderung und Finanzierung der Zivilgesellschaft sicherstellen und damit deren Unabhängigkeit und Mitwirkung bei der Entwicklung politischer Maßnahmen und der Bereitstellung sozialer Dienste gewährleisten.

2. Einleitung

- 2.1 Der Ausschuss begrüßt das Ersuchen der spanischen EU-Ratsvorsitzung um Erarbeitung der Stellungnahme zum Thema "*Menschen mit Behinderungen: Beschäftigung und schrittweise*

Erreichung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in der EU. Lissabon-Strategie nach 2010".

- 2.2 Der Ausschuss hat mit seinen Stellungnahmen – angefangen mit seiner ersten spezifischen Initiativstellungnahme zum Thema "Gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen", die im Juli 2002 verabschiedet wurde² – einen ständig verfügbaren und übergreifenden Fundus geschaffen, der der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung der Menschen mit Behinderungen (MmB) und ihrer Familien³ zuträglich war.
- 2.3 MmB⁴ machen über 16% der Bevölkerung aus (mind. 80 Mio.)⁵, eine Zahl, die mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung weiter steigen wird.
- 2.4 Der Ausschuss erkennt die Fortschritte sowohl im Bereich der Rechtsetzung⁶ als auch bei der Durchführung gemeinschaftlicher Maßnahmen⁷ an, die zusammen mit der Erklärung von Madrid aus dem Jahr 2002⁸ dazu beigetragen haben, die MmB stärker in die EU einzubeziehen. Allerdings bleibt noch Raum für Verbesserungen, sind doch bisher nur sektorspezifische und vereinzelte Fortschritte zu verzeichnen gewesen, und es hat an einer gemeinsamen Strategie gefehlt, wie im Rahmen der Halbzeitbewertung des Europäischen Aktionsplans 2003-2010⁹ festgestellt wurde. Darüber hinaus müssen auch die für europäische Maßnahmen zugunsten von MmB zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission verstärkt werden.
- 2.5 Der Ausschuss weist auf die jüngsten Ergebnisse des Eurobarometers für 2009¹⁰ hin, wonach die wahrgenommene Diskriminierung aufgrund von Behinderungen stark zugenommen hat (um 8% im letzten Jahr, d.h. von 45% im Jahr 2008 auf 53% im Jahr 2009) und sich über 33% der MmB im Jahr 2009 diskriminiert fühlten.
- 2.6 Der Ausschuss erkennt an, dass die Fortschritte im Bereich Behindertenmaßnahmen zu einem großen Teil den Sensibilisierungstätigkeiten und dem Druck seitens der europäischen Behindertenbewegung und der sie vertretenden Organisationen unter Schirmherrschaft des Europäischen Behindertenforums (EBF) sowie der Unterstützung der Sozialpartner zu verdanken sind.
- 2.7 Der Ausschuss erinnert den "Dreiervorsitz" des Rates daran, diese Stellungnahme bei der Ausübung ihrer Präsidentschaften zu berücksichtigen.

3. **Die neue gemeinschaftliche Behindertenpolitik in der künftigen EU-Strategie bis 2020**

- 3.1 Der Ausschuss stimmt der Kommission zu, dass die Maßnahmen im Rahmen der EU-Strategie bis 2020 *"sichtbar zum sozialen Zusammenhalt und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen [und] die soziale Eingliederung fördern [müssen] [...]. Dies erfordert ein Überdenken unserer Bildungssysteme und Arbeitsmärkte, die Förderung von Mobilität sowie eine neue Dynamik in Europa, die unser innovatives und kreatives Potenzial freisetzt"*¹¹.

- 3.2 Der Ausschuss ist der Ansicht, dass es im Rahmen der EU-Strategie bis 2020 nötig ist, einen "Europäischen Pakt für Menschen mit Behinderungen" anzunehmen, wie es ihn bereits für die Gleichstellung der Geschlechter und für die Jugend gibt¹².
- 3.3 Dieser Pakt muss eine gemeinsame, vom Ministerrat abgesegnete Vereinbarung zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten, der EU-Kommission und dem Europäischen Behindertenforum unter Mitwirkung des EP, des EWSA, der Sozialpartner und der Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft sein. Der Pakt sollte von einem Europäischen Ausschuss für Behindertenpolitik verwaltet werden, dessen Vorsitz turnusmäßig von den einzelnen Mitgliedstaaten wahrgenommen wird und der über ein von der Kommission gestelltes Exekutivsekretariat verfügt. In den Pakt werden die notwendigen gemeinsamen Ziele der Mitgliedstaaten, entsprechende Leistungsindikatoren und die Verpflichtung zur Vorlage eines Berichts auf der jährlichen Frühjahrstagung des Rates aufgenommen¹³. Auf diese Weise gäbe es für die Behindertenpolitik eine Variante der Methode der offenen Koordinierung.
- 3.4 Der Pakt sollte folgende Aspekte umfassen: gleichberechtigter Zugang zur Bildung, Gleichbehandlung in Bezug auf Beschäftigung und den Zugang zu Arbeit, Vorschriften über Mindestentgelte und Sozialschutz, Freizügigkeit, Eigenständigkeit¹⁴, persönliche Selbstständigkeit, gleicher Zugang zu Gütern und Dienstleistungen für MmB, Einigung über ein Programm zugunsten des Zugangs zu neuen Technologien, zu öffentlichen Verkehrsmitteln und zur Gesundheitsversorgung sowie Berücksichtigung der Hilfsbedürfnisse jedweder Art gegenüber allen Arten von Abhängigkeit und schließlich eine Steuerpolitik, die die Eingliederung von MmB fördert und deren Mehrkosten, die mit der Ausübung ihrer Tätigkeiten im täglichen Leben verbunden sind, berücksichtigt¹⁵.
- 3.5 In dem Pakt müssen die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen mit Behinderungen, von behinderten jungen und alten Menschen, von Menschen, die für ihre persönliche Selbstständigkeit auf umfangreiche Hilfe angewiesen sind, sowie von MmB in ländlichen Gebieten für alle Politikfelder behandelt werden. Ebenso sollte es darin um die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich Behinderungen gehen.
- 3.6 Der Pakt muss eine Vereinbarung sein, die im Rahmen des Vertrags von Lissabon, der Charta der Grundrechte und des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu konzipieren ist und sich auf drei Säulen stützt:
- 3.6.1 *(i) Historischer Zeitpunkt für eine Überprüfung der Gemeinschaftspolitik – Den Menschen mit Behinderung und ihren Familien einen zentralen Platz in der Gemeinschaftspolitik einräumen*
- 3.6.1.1 Der Ausschuss erwartet, dass mit der Verabschiedung der EU-Strategie bis 2020 die Koordination verbessert und die begrenzte Wirkung der derzeitigen Lissabon-Strategie und der erneuerten Sozialagenda¹⁶ behoben wird. Zu diesem Zweck muss in die Strategie ein Abschnitt über MmB und ihre Familien aufgenommen werden, in dem es unter anderem um

Beschäftigung, Bildung, Eingliederung, Sozialschutz und Barrierefreiheit geht, und dadurch sichergestellt werden, dass das Thema Behinderung in den drei wichtigsten Prioritäten der Strategie berücksichtigt wird¹⁷.

- 3.6.1.2 Der Ausschuss erinnert daran, dass die Aufnahme der Behindertenpolitik – im Rahmen der Zuständigkeiten der Gemeinschaft¹⁸ - in die EU-Strategie bis 2020 Auswirkungen auf die wirtschaftliche Ertragskraft der gesamten Gesellschaft haben und zu Fortschritten bei der sozialen Eingliederung und Nichtdiskriminierung führen wird; dies wird anhand jüngster Kosten-Nutzen-Analysen deutlich¹⁹.
- 3.6.1.3 Der Europäische Pakt für Menschen mit Behinderungen muss mit der künftigen Strategie der Kommission für MmB²⁰ in Einklang stehen, die den derzeitigen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen 2003-2010 ersetzen soll.
- 3.6.1.4 Die Europäische Beschäftigungsstrategie und die Methode der offenen Koordinierung in den Bereichen soziale Eingliederung, Sozialschutz, Renten, Bildung, Jugend usw. müssen in ihren Leitlinien und gemeinsamen Zielsetzungen den Mitgliedstaaten eigens und verstärkt vorgeben, das Thema Behinderung in die nationalen Pläne aufzunehmen, ihre Analysekapazitäten zu verbessern und die entsprechenden Ergebnisse in den regelmäßigen Berichten festzuhalten.
- 3.6.1.5 Die Gemeinschaftspolitik muss die Verhinderung aller Arten von schwerwiegenden Grundrechtsverletzungen unterstützen, insbesondere die Unterbringung von MmB in großen geschlossenen Einrichtungen, getrennten Schulunterricht, die Aufhebung der Rechtsfähigkeit und Gewalt gegenüber MmB. Dabei sind die zusätzlichen Nachteile für Frauen und Mädchen mit Behinderung und stark hilfsbedürftige Menschen zu berücksichtigen²¹.
- 3.6.1.6 Es werden innovationsfördernde Maßnahmen benötigt, die sich auf zuverlässige statistische Daten stützen. Ziel des Paktes muss es sein, die Situation der MmB bei jedweden einschlägigen statistischen Instrumenten sichtbar zu machen²². Dazu müssen harmonisierte Datenquellen, Indikatoren und statistische Instrumente zur Verfügung stehen, die aktuell und zuverlässig sind; unter anderem muss für die Europäische Arbeitskräfteerhebung ein ständiges Modul zum Thema Behinderung sowie ein Modul für die Messung der gesellschaftlichen Beteiligung der MmB geschaffen werden. Darüber hinaus sind in die allgemeinen statistischen Module Fragen zu Behinderungen aufzunehmen.
- 3.6.1.7 Der Ausschuss fordert die Aufnahme einer Leitlinie - auf der Grundlage des UN-Übereinkommens - zu den Rechten von MmB in die "EU-Leitlinien zu den Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht", die vom Rat der Europäischen Union verabschiedet werden sollen.

3.6.2 (ii) Schaffung eines geeigneten europäischen Rechtsrahmens zum Thema Behinderung

3.6.2.1 Der Ausschuss stellt fest, dass das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon neue Rechtsgrundlagen mit sich bringt. Er weist auf dessen Artikel 10²³, 11²⁴ und 19²⁵ sowie auf Artikel 21²⁶ und 26²⁷ der EU-Charta der Grundrechte hin, die denselben Status wie der Vertrag haben.

3.6.2.2 Das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen schafft neue Verpflichtungen für die EU. Deshalb fordert der Ausschuss:

3.6.2.2.1 dass die EU gemäß dem Beschluss des Rates²⁸ dem UN-Übereinkommen und dem zugehörigen Fakultativprotokoll über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beitrifft. Der Ausschuss erinnert an den rechtlichen Stellenwert dieses Übereinkommens als internationaler Vertrag und fordert die Mitgliedstaaten auf, sich dazu zu verpflichten, das Übereinkommen so schnell wie möglich zu ratifizieren²⁹;

3.6.2.2.2 im Hinblick auf das UN-Übereinkommen das gesamte Gemeinschaftsrecht in den Bereichen Binnenmarkt, Verkehr, Steuern, Wettbewerb, Gesundheit, Verbrauch, digitale und elektronische Medien, Beschäftigung, Bildung und Nichtdiskriminierung zu analysieren³⁰;

3.6.2.2.3 in der EU-Kommission unter Mitwirkung der involvierten Kommissionsmitglieder einen Koordinationsmechanismus³¹ und die im Übereinkommen vorgesehene unabhängige Organisation zu schaffen³².

3.6.2.3 Der Ausschuss begrüßt die Vorlage des aktuellen Richtlinienvorschlags gegen Diskriminierungen³³, der über den Bereich Beschäftigung hinausgeht, weist aber darauf hin, dass der Vorschlag nicht hinreichend mit dem UN-Übereinkommen in Einklang steht. Mit dieser Richtlinie, die derzeit im Rat erörtert wird, muss sichergestellt werden, dass der Begriff Diskriminierung den MmB unter bestimmten Umständen eine Vorzugsbehandlung einräumt; ferner muss die Reichweite bei den Fragen Sozialschutz, Gesundheit und Bildung festgelegt werden, etwa, dass getrennter Schulunterricht diskriminierend ist; die Zugänglichkeit für MmB muss ganz allgemein gelten. Die angemessenen Vorkehrungen dazu müssen in allen Bereichen getroffen werden, und für ihre Verwirklichung sollten staatliche Anreize geboten werden. Die Zugänglichkeit muss sich auch auf alle Güter und Dienstleistungen erstrecken, die öffentlich angeboten werden. Schließlich müssen die diesbezüglichen Pflichten der EU stärker in die Tat umgesetzt werden und die entsprechenden Vorschriften für neue Gebäude umgehend gelten sowie für bereits bestehende Gebäude realistische Vorgaben gemacht werden.

3.6.3 (iii) Geeignete Finanzierung für den Europäischen Pakt für Menschen mit Behinderungen

3.6.3.1 Der Ausschuss erinnert daran, dass die Bestimmungen der allgemeinen Strukturfondsverordnung über die Nichtdiskriminierung und den Zugang von MmB als Kriterien zur Auswahl und Durchführung von EU-kofinanzierten Projekten³⁴ in der künftigen Kohäsionspolitik beibehalten

ten und verschärft werden müssen. Die künftige Kohäsionspolitik muss mit entsprechender finanzieller Ausstattung Maßnahmen zugunsten und seitens der Gesamtheit der MmB in sämtlichen Mitgliedstaaten gewährleisten. Diese Grundsätze müssen sich auch auf den EU-Haushalt und andere europäische Programme in den Bereichen Forschung, Wettbewerb, Bildung, Beschäftigung, Soziales, Entwicklungszusammenarbeit und die neuen Programme ab 2014 erstrecken.

- 3.6.3.2 Der Ausschuss stellt fest, dass die Einbindung der Zivilgesellschaft in die unmittelbare Verwaltung des ESF (in den Bereichen Bildung und Beschäftigung) und des EFRE zu äußerst positiven Ergebnissen geführt hat, und regt an, dieses Modell ab 2013 auch auf die operativen Programme der Strukturfonds anzuwenden.
- 3.6.3.3 Der Ausschuss ist der Ansicht, dass durch die Beibehaltung der finanziellen Unterstützung für europäische Behindertenorganisationen wie etwa das Europäische Behindertenforum oder Einrichtungen für die soziale Integration durch das Progress-Programm die Demokratie in der EU und die organisierte Zivilgesellschaft gestärkt wird.

4. **Die EU und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen**

- 4.1 Das Thema Beschäftigung von MmB muss in die Europäische Beschäftigungsstrategie aufgenommen werden. Die Lage der Beschäftigten in Europa ist schwierig, aber diejenige der Arbeitnehmer mit Behinderung noch weitaus mehr; deshalb muss unbedingt ein Arbeitsmarkt gefördert werden, der alle Personen integriert.
- 4.2 Der Ausschuss ist über die Arbeitslosigkeit unter MmB besorgt. Bereits vor der Krise hatten 78 % der Menschen mit einer starken Behinderung keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Nichterwerbstätigkeit war bei ihnen doppelt so hoch wie bei der übrigen Bevölkerung, und ihre Beschäftigungsquote hielt sich bei 20 % unter dem Durchschnitt der Menschen ohne Behinderung³⁵.
- 4.3 Aufgrund der Krise (die zu einer Arbeitslosenquote in der EU von 10 %³⁶ geführt hat) verschlechtert sich für MmB die Situation auf dem Arbeitsmarkt in zweierlei Hinsicht weiter: Erstens wird der Zugang zum Arbeitsmarkt noch schwieriger werden³⁷, und zweitens werden die Regierungen tendenziell dazu übergehen, ihre öffentlichen Defizite durch eine Kürzung aller Arten von Unterstützungsleistungen und Rentenzahlungen in den Griff zu bekommen. Der Ausschuss weist darauf hin, dass die MmB nicht die hauptsächlichen Opfer der Krise sein dürfen, und spricht sich gegen eine Kürzung der entsprechenden Leistungen aus³⁸.
- 4.4 Es besteht die Gefahr, dass die Krise zu einer Erhöhung des Armutrisikos für MmB und ihre Familien führt. Andererseits könnte die Krise aber auch eine Chance zur Entwicklung einer integrativeren Wirtschaftstätigkeit darstellen, die Anreize bietet und die Produktivität der Unternehmen erhöht, was zu einer Verbesserung der gesamten Wirtschaft beitragen würde.

- 4.5 Der Ausschuss bekräftigt, dass die Förderung der Beschäftigung von MmB zu den wichtigsten Zielen der europäischen Beschäftigungsstrategie gehören muss, und fordert, ein Ziel in die beschäftigungspolitischen Leitlinien aufzunehmen, das die Schlussfolgerung 34 der Frühjahrstagung des Europäischen Rates von 2006 aufgreift³⁹: *"Ein zentrales Ziel ist die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung insbesondere von [...] Menschen mit Behinderungen [...]". Damit diese Ziele erreicht werden, sollte eng mit den Sozialpartnern zusammengearbeitet werden.*" Es ist ein Maßnahmenkatalog aufzustellen, den die Mitgliedstaaten in ihren nationalen Plänen berücksichtigen müssen.
- 4.6 Die Sozialpartner spielen durch ihre Tarifverhandlungen auf allen Ebenen eine entscheidende Rolle für den Zugang der MmB zum Arbeitsmarkt und deren Eingliederung in die Unternehmen⁴⁰. Sie tragen ferner zur Entwicklung von Diversity-Maßnahmen bei und handeln in Abstimmung mit Arbeitgebern, denen Anreize für diesbezügliche Unterfangen geboten werden müssen, entsprechende Pläne aus. Zu deren Umsetzung könnten Maßnahmen im Rahmen der sozialen Verantwortung der Unternehmen entwickelt werden. Diesbezüglich begrüßt der Ausschuss, dass die europäischen Sozialpartner im Dezember 2009 ihre Verhandlungen über eine eigenständige neue Vereinbarung über integrative Arbeitsmärkte erfolgreich abgeschlossen haben⁴¹.
- 4.7 Der Ausschuss erwartet die Vorlage eines Berichts über die Umsetzung der Bestimmungen aus der Richtlinie 2000/78/EG⁴² über Behinderung und Beschäftigung innerhalb eines Jahres.
- 4.8 Der Ausschuss weist erneut darauf hin, dass MmB genauso gut wie alle anderen Menschen über Fähigkeiten verfügen, die es ihnen ermöglichen, voll am Arbeitsleben teilzunehmen, und die nicht abgewertet, sondern gefördert werden sollten. Die MmB haben das gleiche Recht auf Arbeit wie alle anderen Personen.
- 4.9 Der Ausschuss macht darauf aufmerksam, dass - nach einer Untersuchung von EUROFUND - wegen der Zunahme psychischer Gesundheitsprobleme diese Art von Behinderung der Hauptgrund für ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt ist, die in einigen Ländern fast 40 % der vorzeitigen Versetzungen in den Ruhestand ausmachen⁴³). Im Hinblick auf die Situation dieser Arbeitnehmer ist ein Umdenken und eine entsprechende Sensibilisierung der Bürger und Behörden erforderlich.
- 4.10 Der Ausschuss erinnert daran, dass zur Anerkennung dieser Kompetenzen Verfahren zur Zertifizierung der - über informelle Erfahrungen oder eine geregelte Ausbildung - erworbenen Kenntnisse vorhanden sein müssen. Daher spricht sich der Ausschuss für die Einführung eines "Qualifikationspasses"⁴⁴ aus, der MmB eine berufliche Mobilität innerhalb der EU ermöglicht.
- 4.11 Die beschäftigungspolitischen Maßnahmen für MmB müssen alle Umstände im Zusammenhang mit der Beschäftigung umfassen ("lifestreaming"⁴⁵) und somit die Aspekte Wohnung, schulische Grundbildung, Berufsausbildung, Überschuldung der Familien⁴⁶, finanzielle Prob-

leme, Gesundheit, ungünstige Lebensverhältnisse und lokale Wirtschaft sowie Einstellung, Arbeitsplatzsicherung und Wiedereingliederung berücksichtigen.

- 4.12 Die Freizügigkeit (ein Prinzip der Gemeinschaft) ist für MmB nicht gegeben. Dies beeinflusst ihre Möglichkeiten, aus Arbeitsgründen in andere Länder der EU zu ziehen, und betrifft auch ihre Optionen für Studium, Ruhestand und jede sonstige Tätigkeit.
- 4.13 Zu den Schranken für die Freizügigkeit gehört vor allem die Tatsache, dass Rechte, wie z.B. das Recht auf persönliche Betreuung, nicht "exportiert" werden können. Sie könnten aber verwirklicht werden, wenn konkrete Maßnahmen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und europaweite Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen durchgeführt würden⁴⁷.
- 4.14 Der EWSA erinnert daran, dass die "aktive Eingliederung" eine Verbindung zum Arbeitsmarkt herstellen und hinreichende Lohneinkünfte sowie den Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen gewährleisten muss, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen auch im Falle von Arbeitslosigkeit führen⁴⁸.
- 4.15 Der EWSA erinnert daran, dass die Eingliederung in eine reguläre Beschäftigung Arbeitsvermittlungsdienste, berufliche Bildungsmaßnahmen, Sozial- und Gesundheitsdienste und die Sicherung und Verwaltung der Einkünfte sowie Anreizsysteme erforderlich macht⁴⁹.
- 4.16 Der EWSA setzt auf angemessene Sozialleistungen und Steuerregelungen in der Form, dass für MmB die Eingliederung in den Arbeitsmarkt kein Kaufkraftverlust bedeutet und sie Anreize erhalten, um an hochwertigen Arbeitsplätzen bei gerechten Entgelten zu arbeiten; auch plädiert der EWSA für finanzielle Anreize, damit Unternehmen Behinderte einstellen, für betreute Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt, für Existenzgründungen von MmB und die Förderung ihres Unternehmergeistes, u.a. durch andere Formen der Kleinstkreditvergabe⁵⁰ und schließlich für NGO, die Betreuungsdienste für behinderte Arbeitnehmer und ihre Familien erbringen.
- 4.17 Es sind Maßnahmen zu treffen, mit denen Arbeitnehmer mit einer erworbenen Behinderung an ihren Arbeitsplatz gehalten oder dort wieder eingesetzt werden können, damit sie den Arbeitsmarkt nicht vorzeitig verlassen müssen; ferner müssen am Arbeitsplatz und seiner Umgebung angemessene Vorkehrungen für MmB getroffen werden; schließlich müssen Berufsbildungs- und Fortbildungsprogramme für MmB gewährleistet werden, die ihnen eine reguläre Berufslaufbahn ermöglichen⁵¹. In Ländern, in denen Quotenregelungen bestehen, muss gewährleistet werden, dass durch angemessene Verfahren und Förderungen die Einstellungsquoten erfüllt werden. Die Aufnahme sozialer Kriterien in öffentliche Ausschreibungen kann ebenfalls zur Verbesserung der Beschäftigungslage von MmB führen.
- 4.18 Der Ausschuss ist der Überzeugung, dass es mehr Vorteile bringt, anstatt Arbeitslosenleistungen Arbeitsplätze zu finanzieren und Anreize zu schaffen, damit MmB eine Arbeitsstelle

suchen, oder damit Unternehmer Behinderte einstellen und schließlich auch Anreize für Existenzgründungen von MmB.

- 4.19 Der Ausschuss setzt auf Maßnahmen für jugendliche Behinderte, darunter auch vorschulische Bildung, und solche zugunsten ihres Übergangs von der Ausbildung zum ersten Arbeitsplatz, wie auch auf Maßnahmen bei Fällen erworbener Behinderung, mit denen der Erhalt der Beschäftigung oder die berufliche Wiedereingliederung gewährleistet wird. Diese Gruppen müssen in der künftigen EU-Strategie 2020 Vorrang erhalten und Gegenstand der Überarbeitung der Kommissions-Strategie für MmB werden. Der EWSA erinnert an seine Stellungnahme SOC/349, in der darauf hingewiesen wird, dass eine Strategie nicht nur *für* Jugendliche, sondern auch *mit* ihnen entwickelt werden muss⁵².
- 4.20 Der EWSA erkennt die Rolle derjenigen Unternehmen an, die mehrheitlich MmB einstellen, und solcher, die in diesem Bereich aktiver tätig sind, sowie generell solcher Unternehmen der Sozialwirtschaft wie etwa Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine und Stiftungen, die die soziale Integration der MmB und ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt mit denselben Arbeitsrechten fördern und ihnen die Sonderbetreuung zukommen lassen, die von den einzelnen Mitgliedstaaten festgesetzt wird.
- 4.21 Der EWSA betont die Förderung der KMU zugunsten der Entwicklung einer integrativen Dimension ihrer Arbeitsplätze und der Entfaltung ihrer wichtigen Rolle bei der Sicherstellung von effizienten Maßnahmen zu Gunsten der Einstellung von MmB.
- 4.22 Die Institutionen und Einrichtungen der Union und der Mitgliedstaaten müssen sich über die Lage im Klaren werden und bei der Einstellung von behinderten Arbeitnehmern mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie Pläne für konkrete Maßnahmen entwickeln, mit denen die gegenwärtige, generell sehr niedrige Beschäftigungsquote von MmB unter ihren Bediensteten erhöht werden kann⁵³.
- 4.23 Der EWSA weist auf das für MmB wichtige Konzept der Flexicurity hin, das heißt, der verbesserten Flexibilisierung und Anpassungsfähigkeit der Beschäftigten in den Unternehmen, die Hand in Hand mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit am Arbeitsplatz einhergeht. Eine solche Strategie muss die Vereinbarkeit des Berufs- und Privatlebens, lebenslanges Lernen und leichtere Wechsel zwischen verschiedenen Lebenslagen, Sozialbeihilfen und Arbeitsplätzen im Lebenszyklus behinderter Personen gewährleisten.
- 4.24 Der EWSA befürwortet die Erschließung neuer Arbeitsplätze in den Bereichen Umwelt und Sozialarbeit und die Förderung der Barrierefreiheit und des "Design für alle", was Beschäftigungsmöglichkeiten für MmB bietet.

- 4.25 Der EWSA plädiert für die Förderung von Arbeitnehmern mit Behinderungen, die Hilfen benötigen, wie auch für die nötigen Dienstleistungen für Familienangehörige der MmB, damit jene weiterhin erwerbstätig bleiben können⁵⁴.
- 4.26 Sensibilisierungsmaßnahmen wirken den Klischees bezüglich behinderter Arbeitnehmer entgegen⁵⁵; sie müssen sich an die Sozialpartner, Geschäftsführer, leitenden Angestellten und sonstigen Beschäftigten wie auch an die Mitarbeiter im Gesundheitswesen und in den Behörden richten⁵⁶.
- 4.27 Die genannten Förderinstrumente müssen für die Unternehmen und Arbeitnehmer leicht anwendbar sein und von den öffentlichen Stellen wirksam propagiert und eingesetzt werden.
- 4.28 Hervorzuheben ist die entscheidende Rolle der Medien als zentrale Träger von Sensibilisierungsmaßnahmen und der Propagierung der Prinzipien der Toleranz, der gesellschaftlichen Integration und der Akzeptanz der Vielfalt der europäischen Gesellschaft.
- 4.29 Der EWSA unterstützt die Entwicklung von Neuerungen wie etwa den bereits erwähnten "Kompetenzausweis" oder das "lifestreaming"⁵⁷ und weist auf weitere Beispiele hin:
- 4.29.1 Das Modell für die Dienstleistung "job coaching", eine kontinuierliche Unterstützung im regulären Arbeitsumfeld mit Betreuung und Patenschaft⁵⁸;
- 4.29.2 Einrichtung eines Systems der Anerkennung früher erworbener Kenntnisse⁵⁹, durch das der fortschreitende Erwerb von Berufserfahrungen dokumentiert wird;
- 4.29.3 Betreuung während des Arbeitslebens in öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen;
- 4.29.4 Verwendung neuer Technologien wie etwa audiovisueller didaktischer Materialien ("Videotutorials")⁶⁰ und allgemein Ausstattung mit unterstützenden Technologien und Gewährleistung des Zugangs zu allgemeinen Technologien am Arbeitsplatz;
- 4.29.5 Entwicklung eines Modells für "Disability Management"⁶¹ im Rahmen der allgemeinen Diversity-Maßnahmen in Unternehmen.

5. **Barrierefreiheit für Personen mit Behinderung**

- 5.1 Der EWSA erinnert an die Entschließung des EU-Rats vom 17. März 2008, in der es heißt: *"Eine derartige Zugänglichkeit stellt fraglos einen der Ecksteine einer integrativen, auf dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung beruhenden Gesellschaft dar"*⁶². Hierbei spielen die Sozialpartner eine entscheidende Rolle, da die Zugänglichkeit eine Voraussetzung für eine Beschäftigung ist.

- 5.2 Der EWSA bekräftigt seine Sondierungsstellungnahme⁶³ zum Thema *Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen*, in der er betont, dass MmB dieselben Rechte wie andere Bürger haben, aber verschiedene Bedürfnisse und anderen Zugang zu Dienstleistungen und Waren⁶⁴.
- 5.3 Der EWSA empfiehlt eine schrittweise Einführung gemeinsamer kurz-, mittel- und langfristiger Ziele (mit einer eindeutigen und verbindlichen Frist für neue und vorhandene Waren, Dienstleistungen und Infrastrukturen)⁶⁵, die die Mitgliedstaaten verpflichten, dafür u.a. die Möglichkeiten der öffentlichen Ausschreibung zu nutzen.
- 5.4 Der EWSA nimmt zur Kenntnis, dass für die unmittelbare Wahrnehmung der politischen und bürgerlichen Rechte Zugänglichkeit unerlässlich ist, weshalb besondere Pläne mit Normen und Sanktionen für die Barrierefreiheit entwickelt werden müssen, die für alle Behörden verbindlich sind; ferner müssen MmB ihre Rechte einklagen können. So dürfen keine EP-Wahlen mehr ohne eine garantierte Barrierefreiheit der Wahllokale und ohne signifikanten Anteil von MmB unter den Kandidaten stattfinden; dazu müssen in den Mitgliedstaaten die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden.
- 5.5 Der EWSA weist auf die Bemühungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission um eine Gewährleistung der Zugänglichkeit hin; Ziel muss ein vollständig behindertengerechter Zugang sein (zu öffentlichen Gebäuden⁶⁶, Gebäuden von öffentlichem Interesse⁶⁷, Privatunternehmen, Waren und Dienstleistungen, Reisemöglichkeiten, zum elektronischen Handel, zu Informationen, Verkehrsmitteln, zu Technologie und Kommunikation).
- 5.6 Der EWSA bekräftigt, dass eine solche Zugänglichkeit für alle von Nutzen ist (ältere Menschen, Schwangere, Gehbehinderte usw.). Firmen, die leichter zugänglich sind, würden zusätzliche Kundschaft erhalten (15 % der Verbraucher). Neue Produkte eröffnen neue Märkte und sind eine Quelle für nachhaltiges Wirtschaftswachstum.
- 5.7 Darüber hinaus weist der EWSA darauf hin, dass das Eintreten für Barrierefreiheit auch ein Engagement für die Grundrechte der europäischen Bürger ist, wie er bereits in seiner Stellungnahme zum Thema *eAccessibility*⁶⁸ erklärt hat.
- 5.8 Der EWSA erinnert die Europäischen Institutionen und insbesondere die Kommission daran, dass der Zugang zu ihren Gebäuden und elektronischen Informationssystemen (z.B. zu ihren Internetportalen, zu den Seiten für öffentliche Auskünfte der Kommission) eingeschränkt ist. Es wäre also ein Plan für die Zugänglichkeit aufzustellen, der von einem echten Engagement für MmB zeugt⁶⁹.
- 5.9 Der EWSA fordert staatliche Hilfen⁷⁰ für Unternehmen und private Dienste, damit sie die angemessenen Vorkehrungen gemäß Richtlinie 2000/78 treffen können⁷¹. Dabei sollte die Verwirklichung des Grundsatzes des präventiven Zugangs bei den privaten Dienstleistungen beginnen.

- 5.10 Als flankierende Maßnahme zur Verbesserung der Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge nach dem erfolgreichen Beispiel aus den USA muss mit der Entwicklung von Normen für die Barrierefreiheit fortgefahren werden. Der EWSA erinnert daran, dass für die Festlegung solcher Normen der Dialog zwischen den Institutionen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft unerlässlich ist⁷².
- 5.11 Der Ausschuss unterstützt die Initiative *Europäische Hauptstadt der allgemeinen Barrierefreiheit*, wonach europäische Städte und Regionen als Anerkennung für ihre Bemühungen um die Zugänglichkeit zu allen Einrichtungen, Waren und Dienstleistungen und für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der örtlichen Behörden ein Banner erhalten⁷³.
- 5.12 Der Ausschuss hofft, dass in den neuen Bestimmungen zur Beförderung per Seeschiff, öffentlichem Nahverkehr, Bus und Taxi die unterschiedlichen Bedürfnisse der MmB berücksichtigt werden und alle Transportmittel und zugehörige Infrastruktur nach dem Vorbild der geltenden Regelungen im Luft- und Bahnverkehr entsprechend angepasst werden⁷⁴.
- 5.13 Der EWSA begrüßt die Mitteilung der Kommission zum Thema *e-Accessibility*⁷⁵ und fordert die EU auf, die darin vorgeschlagenen Maßnahmen als strategische europäische Zielmarke für die Informationsgesellschaft aufzustellen. Es sind dringend Rechtsvorschriften zur *e-Accessibility* bezüglich der Zugänglichkeit zum Internet, der integrativen Kommunikation, Telekommunikationsdienste, Mobiltelefone, Computertechnologie, Bankautomaten usw. vorzulegen. Diese Ziele waren bereits 2003 in der Ministererklärung von Kreta⁷⁶ und der Erklärung von Riga vorgestellt worden. Gegenwärtig gibt es allerdings berechtigte Zweifel, dass sie sich innerhalb der festgelegten Fristen verwirklichen lassen, weshalb der EWSA fordert, noch vor 2011 einen ehrgeizigen Aktionsplan zur Erreichung dieser Ziele aufzustellen.
- 5.14 Der EWSA bekräftigt sein Engagement für den Grundsatz "Design für alle" und hält eine Aufnahme dieses Konzepts sowohl in die Berufsausbildungen als auch die Universitätsausbildung für ausschlaggebend, damit es von allen Berufsgruppen angewandt wird.
- 5.15 Der EWSA befürwortet die Entwicklung eines "Europäischen Behindertenausweises", der nach dem Beispiel des europäischen Parkausweises die gegenseitige Anerkennung der Rechte von MmB bei Fahrten ins Ausland mit demselben Zugang zu Verkehrsmitteln, Kultur- und Freizeitveranstaltungen gewährt.
6. **Geschlechtszugehörigkeit und Behinderung**
- 6.1 Der EWSA stellt fest, dass in Europa 60% der MmB Frauen sind, die zudem Opfer der Ungleichbehandlung sind, indem sie nicht nur hinsichtlich ihrer Rechte diskriminiert werden, sondern auch beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen (u.a. Gesundheitsversorgung, Bildung, Schutz vor Gewalt gegen Frauen).

6.2 In den letzten zehn Jahren ist die Beschäftigungsquote von Frauen mit Behinderung gleich geblieben; ein hoher Anteil unter ihnen ist nicht berufstätig oder arbeitslos, sie werden schlechter bezahlt und sie haben noch größere Schwierigkeiten, im Arbeitsmarkt unterzukommen.

6.3 Bei der Konzeption, Entwicklung, Verfolgung und Bewertung der Maßnahmen für Behinderte muss stets der Geschlechtsaspekt thematisiert werden. Es sind besondere Maßnahmen und Aktionen zu treffen, um den Zugang zu Arbeitsplätzen zu gewährleisten und die Einstellung von Frauen zu fördern.

7. Sozialer Dialog und Behinderung

7.1 Der EWSA ruft die Sozialpartner dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass MmB unter den gleichen - und angemessenen und gerechten - Bedingungen wie andere Arbeitnehmer beschäftigt werden, und insbesondere auch die gleichen Aufstiegschancen und gleiches Entgelt für gleiche Arbeit erhalten und ihre Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte wahrnehmen können; er ermuntert die MmB, in Berufsverbänden und Gewerkschaften mitzuwirken, und fordert ferner, dass auch für Arbeiten im Unterauftrag dieselben Arbeitsbedingungen gelten⁷⁷ (Artikel 27 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung).

7.2 Für die Wahrnehmung der Rechte und der Chancengleichheit von MmB und ihre Nichtdiskriminierung ist der soziale Dialog bezüglich Beschäftigung, Sozialversicherung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie anderer Zusammenhänge und der Arbeitsbeziehungen im Allgemeinen von grundlegender Bedeutung; ebenso für die Verwirklichung von konkreten Maßnahmen zugunsten der Beschäftigung und der Zugänglichkeit, bei der Aus- und Fortbildung, Förderung und Betreuung von Arbeitnehmern mit Behinderungen.

7.3 Die Sozialpartner müssen in Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen den Aspekt Behinderung in allen ihren Maßnahmen und branchenübergreifenden sowie branchen- und unternehmensbezogenen Verhandlungen berücksichtigen, insbesondere was die Beschäftigung, die Barrierefreiheit und den Sozialschutz angeht.

7.4 Die Sozialpartner sollten in Bezug auf die Arbeitsbeziehungen und den Sozialschutz an der Weiterentwicklung und Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung mitwirken.

8. Mitwirkung und "Ziviler Dialog"

8.1 Der EWSA unterstützt den Grundsatz "Für Personen mit Behinderungen nichts ohne ihre Mitwirkung"⁷⁸ und setzt auf Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Mitsprache- und Mitwirkungsrechte und der eigenen Wahrnehmung ihrer Rechte ("self-advocacy").

- 8.2 Der EWSA betrachtet den zivilen Dialog mit Behindertenverbänden als den angemessenen Rahmen für die Verbesserung des Regierungshandelns in der Europäischen Union, bei dem Verfahren und verbindliche Protokolle festgelegt und in der EU Ad-hoc-Organen für die Mitwirkung und Konsultation geschaffen werden.
- 8.3 Die Behindertenorganisationen müssen an den regelmäßigen Berichten mitwirken, in denen die Maßnahmen zugunsten der Beschäftigung und Barrierefreiheit bewertet werden⁷⁹, an der Umsetzung der UN-Konvention und an den Programmen und Finanzierungsinstrumenten der Kommission, um etwa durch alternative Gutachten die Sichtweise der Zivilgesellschaft einzubringen⁸⁰.
- 8.4 Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten müssen die Förderung und Finanzierung der Entwicklung der Zivilgesellschaft sicherstellen und damit deren Unabhängigkeit und Mitwirkung an der Konzipierung politischer Maßnahmen und der Bereitstellung sozialer Dienste gewährleisten.

Brüssel, den 17. März 2010

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Mario SEPI

*

* *

ANHANG I - Statistische Zahlen

Jüngste Daten über die Anzahl der Menschen mit Behinderungen in der EU

Self-perceived limitations in daily activities (activity restriction for at least the past 6 months) by sex, age and activity status (%)				
Date of extraction: Thu, 21 Jan 10 09:57:54				
Last update: Tue Oct 27 09:38:54 MET 2009				
sex	m Males			
wstatus	pop Total population			
time	2007a00			
age	total Total			
< td>	Severely hampered	Hampered To some extent	not_hamp Not hampered	
Geo				
<i>eu</i> European Union (EC6-1972, EC9-1980, EC10-1985, EC12-1994, EU15-2004, EU25-2006, EU27)	6.9	14.3	78.8	
<i>be</i> Belgium	6.4	13.4	80.2	
<i>bg</i> Bulgaria	2.4	2.1	95.5	
<i>cz</i> Czech Republic	4.8	14.5	80.7	
<i>dk</i> Denmark	:	13.6	86.4	
<i>de</i> Germany (including ex-GDR from 1991)	7.1	20.2	72.6	
<i>ee</i> Estonia	7.7	24.2	68.0	
<i>ie</i> Ireland	5.5	12.7	81.8	
<i>gr</i> Greece	6.1	9.9	84.0	
<i>es</i> Spain	7.8	12.2	79.9	
<i>fr</i> France	5.9	14.3	79.8	
<i>it</i> Italy	6.4	15.7	77.8	
<i>cy</i> Cyprus	7.6	10.8	81.6	
<i>lv</i> Latvia	7.2	20.6	72.3	
<i>lt</i> Lithuania	7.4	15.2	77.4	
<i>lu</i> Luxembourg (Grand-Duché)	6.8	14.1	79.1	
<i>hu</i> Hungary	11.4	14.4	74.2	
<i>mt</i> Malta	3.1	7.5	89.3	

<i>it</i> Italy	8.7		21.3		70.0	
<i>cy</i> Cyprus	8.7		12.9		78.4	
<i>lv</i> Latvia	11.0		25.3		63.7	
<i>lt</i> Lithuania	10.9		18.9		70.2	
<i>lu</i> Luxembourg (Grand-Duché)	6.6		16.5		77.0	
<i>hu</i> Hungary	13.8		17.3		68.9	
<i>mt</i> Malta	3.5		9.4		87.0	
<i>nl</i> Netherlands	8.9		15.5		75.6	
<i>at</i> Austria	11.3		17.6		71.1	
<i>pl</i> Poland	7.3		17.3		75.4	
<i>pt</i> Portugal	14.9		19.0		66.0	
<i>ro</i> Romania	7.6		13.2		79.2	
<i>si</i> Slovenia	8.6		17.5		73.9	
<i>sk</i> Slovakia	11.6		20.3		68.1	
<i>fi</i> Finland	9.3		23.8		66.9	
<i>se</i> Sweden	9.2		13.4		77.3	
<i>uk</i> United Kingdom	8.8		12.6		78.6	
<i>is</i> Iceland	7.5		7.7		84.8	
<i>no</i> Norway	8.4		14.2		77.4	

*

* *

Anhang II

- 1 In order to prioritise extensive, high-quality content, this opinion uses the following abbreviations/Con el objeto de dar prioridad a un contenido de extenso y de calidad, este dictamen utiliza las siguientes abreviaciones:
- EESC: European Economic and Social Committee/CESE: Comité Económico y Social Europeo
 - UNCRPD: United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities/CNUDPD: Convención de Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad
 - EDF: European Disability Forum/EDF: Foro Europeo de la Discapacidad
 - EES: European Employment Strategy/EEE: Estrategia Europea de Empleo
 - MS: Member States/EEMM: Estados Miembros
 - OMC: Open Method of Coordination/MAC: Método Abierto de Coordinación
 - PCD: Personas con discapacidad/PCD: Personas con discapacidad
 - SMEs: Small- and Medium-Sized Enterprises / PYMES: Pequeñas y Medianas Empresas
 - EU: European Union/UE: Unión Europea
- 2 EESC opinion, OJ C 241, 7.10.2002, p. 89./Dictamen del CESE, DO C 241 de 7.10.2002, p.89.
- 3 Among the more recent: EESC opinions/ Entre los más recientes dictamen del CESE : DO C 182 de 4.8.2009, p. 19 – DO C 10 de 15.1.2008, p. 80 – DO C 93 de 27.4.2007, p. 32 – DO C 256 de 27.10.2007, p. 102 – DO C 185 de 8.8.2006, p. 46 – DO C 88 de 11.4.2006, p. 22 – DO C 110 de 9.5.2006, p. 26 – DO C 24 de 31.1.2006, p. 15 – DO C 110 de 30.4.2004, p. 26 – DO C 133 de 6.6.2003, p. 50 – DO C 36 de 8.2.2002, p. 72 - We would like to thank the Information Centre of the EESC Department for Communication for enriching this opinion with its document MM-09/09/ric. Agradecemos la labor de investigación realizada por el Centro de Información del Departamento de Comunicación del CESE en su documento MM-09/09/ric para completar este dictamen.
- 4 For the purposes of the present opinion, the definition of Persons with Disabilities is that adopted by the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities: *"Persons with disabilities include those who have long-term physical, mental, intellectual or sensory impairments which in interaction with various barriers may hinder their full and effective participation in society on an equal basis with others"*. A efectos de este Dictamen se toma como definición de Persona con Discapacidad la adoptada por la Convención de Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad *"Las personas con discapacidad incluyen a aquellas que tengan deficiencias físicas, mentales, intelectuales o sensoriales a largo plazo que, al interactuar con diversas barreras, puedan impedir su participación plena y efectiva en la sociedad, en igualdad de condiciones con las demás."*
- 5 EU SILC 2007 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/eu_silc - Ministerial Declaration, Riga, 11 June 2006, Latvia. These studies reveal a progressive increase in disability as recognised in the most recent Eurostat country data: see also Appendix I. EU SILC 2007 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/eu_silc y Declaración Ministerial de Riga de 11 de junio de 2006, Letonia. Estos estudios demuestran un crecimiento progresivo de la discapacidad tal y como se reconoce en los datos mas recientes por países del Eurostat: Ver también anexo I.
- 6 Such as: Council Directive 2000/78/EC of 27 November 2000 establishing a general framework for equal treatment in employment and occupation.; recognition of accessibility and non-discrimination in the Structural Funds Regulations (Council Regulation (EC) No 1083/2006 of 11 July 2006); Regulation (EC) No 1107/2006 of the European Parliament and of the Council of 5 July 2006 concerning the rights of disabled persons and persons with reduced mobility when travelling by air [Official Journal L 204 of 26.7.2006] and the Telecommunications package COM(2007) 697 final – COD 2007/0247. Tales como: la Directiva 2000/78 CE del Consejo relativa al establecimiento de un marco general para la igualdad de trato en el empleo y la Ocupación de 27 de noviembre de 2000; el reconocimiento de la accesibilidad y no discriminación en los reglamentos de los Fondos Estructurales (Reglamento (CE) nº 1083/2006 del Consejo de 11 de Julio); el Reglamento (CE) nº 1107/2006 del Parlamento Europeo y el Consejo, de 5 de julio de 2006, sobre los derechos de las personas con discapacidad o movilidad reducida en el transporte aéreo [DO L 204 de 26.7.2006] o el paquete de Telecomunicaciones (COM2007) 697 final - COD 2007/0247.
- 7 Communication from the Commission on the Social Agenda COM(2005) 33 final and Communication from the Commission on *Equal opportunities for people with disabilities: A European Action Plan*, COM(2003) 650 final. Comunicación de la Comisión sobre la Agenda Social COM/2005/0033 y el Plan de Acción de la Comisión (Comunicación de la Comisión *"Igualdad de oportunidades para las personas con discapacidad: Un plan de Acción Europeo"* COM(2003) 650 final).
- 8 Madrid Declaration: "Non discrimination + positive action = social inclusion", 23 March 2002. La Declaración de Madrid "No discriminación más acción positiva es igual a integración social" 23 marzo 2002 / <http://antiguo.cermi.es/graficos/declaracion-madrid.asp>.
- 9 Mid-Term Evaluation of the European Action Plan 2003-2010 on Equal Opportunities for People with Disabilities, Centre for Strategy and Evaluation Services, June 2009 *"Evaluación Intermedia del Plan de Acción Europeo 2003-2010 para las personas con discapacidad"* Centre for Strategy and Evaluation Services. Junio 2009. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=3784&langId=en>
- 10 Eurobarometer: Discrimination in the EU in 2009 (based on fieldwork between 29 May and 14 June 2009) Eurobarómetro: Discriminación en la UE en 2009 (trabajo de campo correspondiente a 29 de mayo a 14 de junio de 2009).
- 11 COM(2009) 647 final.

- 12 This will be a way of moving beyond the fragmented view of the issue within the EU institutions and between them and the Member States /Esto será una forma de superar la visión fragmentada dentro de las instituciones de la UE y entre estas y los EEMM.
- 13 It is important to indicate the differences between the European Disability Strategy and the Pact. The European Disability Strategy is a conventional European Commission initiative, using its right of initiative, in order to establish priorities for action (previously known as the EU Disability Action Plan 2003-2010). In its Resolution (2008/C75/01) the Council invites the Commission and the Member States to prepare a new disability strategy to succeed the Action Plan, assessing how national actions reflect the commitments made by the European Community and the Member States to fully implement the UN Convention at European level, and considering setting consistent and comparable national targets to that end. The European Disability Strategy is a joint project to which the Governments, the European Commission, the European Parliament, the EESC, the CoR and the social partners have adhered in order to reach a political agreement covering areas presented obstacles or barriers and promoting equality and non-discrimination for people with disabilities.
Es importante señalar las diferencias entre la estrategia europea de discapacidad y el Pacto. La Estrategia Europea de Discapacidad es una iniciativa tradicional de la Comisión Europea, en ejercicio de su derecho de iniciativa, para establecer las prioridades de acción (antes se llamaba Plan de Acción europeo para la Discapacidad 2003-2010). Actualmente el consejo en su resolución 2008/c 75/01 invita a la Comisión y los EEMM a preparar una nueva estrategia de discapacidad reemplazando el Plan de Acción, analizando como las acciones nacionales reflejan los compromisos hechos por la CE y los EEMM para implementar de completamente a nivel europeo y considerar poner objetivos nacionales consistentes y comparables a ese fin (BUSCAR traducción). El Pacto Europeo por la Discapacidad es un proyecto colectivo que firman y suscriben los Gobiernos, la Comisión Europea, el Parlamento Europeo, el CESE, el CDR y los Interlocutores sociales para llegar a un acuerdo político que cubra ciertas áreas que presentan obstáculos o barreras y promueva la igualdad y no discriminación de las personas con discapacidad.
- 14 The EESC welcomes the choice of topic for the European Day of People with Disabilities conference held on 4 December 2009, under the title of *Creating conditions for independent living* / El CESE se felicita de la elección del tema para la conferencia del Día Europeo de las Personas con Discapacidad, celebrada el 4 de Diciembre de 2009 bajo el título: "*Creando las condiciones para una vida independiente*".
- 15 Tax policy can help to integrate people with disabilities through tax benefits. People with disabilities and their families can incur additional costs in carrying out some of their everyday activities, and this additional cost could be offset through tax incentives, especially regarding products and services that promote their personal independence. The EESC adopted an opinion along these lines, *Equal opportunities for people with disabilities*, in which it pointed out that "Families which include one or more persons with disabilities, have a higher risk of finding themselves in situations of poverty, as disability involves greater family spending, which can amount up to EUR 30 000 per year. This justifies the adoption of positive discrimination measures, such as allowances (in cash or in kind) or tax incentives" (EESC opinion, OJ C 93, 27.4.2007). This was confirmed by the "*Estudio del agravio comparativo económico de las personas con discapacidad de la ciudad de Barcelona. El sobreesfuerzo económico que origina la discapacidad*" ("Study on the economic inequality of people with disabilities in the city of Barcelona. The overstrain economic effort provoked by disability") carried out by the Local Institute of People with Disabilities of Barcelona City Council in March 2006, which revealed that family spending derived from the disability of any of the members of the family could amount up to EUR 30 000 per year, depending on the social protection level and the type of disability.
La política fiscal puede ayudar a la inclusión de las personas con discapacidad a través de beneficios fiscales. Las personas con discapacidad y sus familias pueden sufrir un sobrecoste en el ejercicio de algunas de las actividades de su vida diaria, el exceso de sobrecoste puede verse compensado a través de incentivos fiscales. Sobre todo en aquellos productos y servicios que promuevan su autonomía personal. El CESE ya adoptó en este sentido el dictamen SOC/249 "Igualdad de oportunidades para las personas con discapacidad" (17/01/2007) donde se señalaba: "*Las familias que tengan a su cargo una o más personas con discapacidad presentan un riesgo más elevado de encontrarse en situación de pobreza, dado que la discapacidad entraña mayores gastos domésticos que pueden ascender a más de 30 000 euros al año. Esto justifica la adopción de medidas de discriminación positiva, como los subsidios (en metálico o en especie) o las deducciones fiscales.*" Esta ha sido confirmado por el "*Estudio del agravio comparativo económico de las personas con discapacidad de la ciudad de Barcelona. El sobreesfuerzo económico que origina la discapacidad*" realizado por el Instituto Municipal de Personas con Discapacidad del Ayuntamiento de Barcelona en marzo de 2006, que puso de manifiesto que el gasto familiar al que da lugar la discapacidad de algún miembro de la familia puede elevarse a más de 30 000 euros al año, en función del nivel de protección social y del tipo de discapacidad.
(<http://w3.bcn.es/fixers/baccessible/greugecomparatiueconomic.683.pdf>).
The Spanish Confederation of Associations for Persons with Intellectual Disability (FEAPS) recently published a study confirming this phenomenon "*Estudio del sobreesfuerzo económico que la discapacidad intelectual ocasiona en la familia en España-2008*" ("Study on the economic overstrain on families in Spain as a result of intellectual disability-2008"), March 2009. Recientemente la Confederación española de asociaciones a favor de las personas con discapacidad intelectual (FEAPS) ha publicado un estudio que confirma este fenómeno: "*Estudio del sobreesfuerzo económico que la discapacidad intelectual ocasiona en la familia en España-2008*"; Marzo de 2009
(http://www.feaps.org/actualidad/23_04_09/ultima_hora/sobreesfuerzo_15_04_09.pdf)
- 16 COM(2009) 58 final: "*The inclusion of disabled people continues to be addressed, but disability mainstreaming remains limited and National Strategic Reports scarcely refer to the implementation of the UN Convention on the Rights of persons with disabilities*".
COM(2009) 58 final: "*La inclusión de las personas con discapacidad sigue siendo objeto de atención, aunque la integración de la discapacidad sea todavía muy limitada y los Informes Estratégicos Nacionales raras veces se refieran a la aplicación de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad*".
- 17 "(1) *Creating value by basing growth on knowledge. (2) Empowering people in inclusive societies. (3) Creating a competitive, connected and greener economy*" COM(2009) 647 final: Commission Working Document *Consultation on the future EU 2020 strategy*.

(1) *Crear valor basando el crecimiento en el conocimiento.* (2) *Potenciar el papel de los ciudadanos en sociedades inclusivas.* (3) *Crear una economía competitiva, conectada y más respetuosa del medio ambiente*” COM(2009) 647 final: Documento de trabajo de la Comisión “Consulta sobre la futura Estrategia UE 2020”.

18 It is important to point out that the EU has competences in the field of non-discrimination, and that disability policies remain subject to the subsidiarity principle, although this does not prevent coordination by means such as the OMC.

Es importante destacar que la UE cuenta con competencias dentro del ámbito de la no-discriminación y que las políticas de discapacidad quedan sometidas al principio de subsidiariedad que no impide la coordinación a través de medios tales como el MAC.

19 This fact was confirmed in a recent study by Gregorio RODRÍGUEZ CAMPO, Carlos GARCÍA SERRANO and Luis TOHARIA, Evaluación de las políticas de empleo para las personas con discapacidad y formulación y coste económico de nuevas propuestas de integración laboral [“Evaluation of employment policies for persons with disabilities and formulation and economic cost of new proposals for labour integration”], Colección Telefónica Accessible no. 9, Ediciones Cinca, April 2009 - ISBN: 978-84-96889-48-4. Madrid, Spain.

Este hecho se ha confirmado en un estudio reciente de RODRÍGUEZ CABRERO, Gregorio; GARCÍA SERRANO, Carlos; TOHARIA, Luis: “Evaluación de las políticas de empleo para las personas con discapacidad y formulación y coste económico de nuevas propuestas de integración laboral”, Colección Telefónica Accesible nº 9, Ediciones Cinca, Abril 2009 - ISBN: 978-84-96889-48-4 Madrid, España.

20 Council Resolution (2008/ C 75/01) “invites the Commission to begin work on a new European Disability strategy to succeed the current DAP assessing how national actions reflects EC and MS commitments to fully implement UNC and considering setting consistent and comparable national targets to that end”.

21 Declaration on Recognising the Rights of Girls and Women with Disabilities, Madrid, 18 November 2007 / “Declaración sobre los derechos de las niñas y mujeres con discapacidad” Madrid, 18 de noviembre de 2007.

<http://cms.horus.be/files/99909/MediaArchive/EDF%20declaration%20on%20girls%20and%20women%20with%20disabilities.doc>.

22 EESC opinion, OJ C 10, 15.1.2008, p. 80. / Dictamen del CESE, DO C 10 de 15.1.2008, p. 80.

23 Article 10: “In defining and implementing its policies and activities, the Union shall aim to combat discrimination based on sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation.”

Artículo 10: “En la definición y ejecución de sus políticas y acciones, la Unión tratará de luchar contra toda discriminación por razón de sexo, raza u origen étnico, religión o convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.”

24 Article 11.4: “Not less than one million citizens who are nationals of a significant number of Member States may take the initiative of inviting the European Commission, within the framework of its powers, to submit any appropriate proposal on matters where citizens consider that a legal act of the Union is required for the purpose of implementing the Treaties.”

Artículo 11.4: “Un grupo de al menos un millón de ciudadanos de la Unión, que sean nacionales de un número significativo de Estados miembros, podrá tomar la iniciativa de invitar a la Comisión Europea, en el marco de sus atribuciones, a que presente una propuesta adecuada sobre cuestiones que estos ciudadanos estimen que requieren un acto jurídico de la Unión para los fines de la aplicación de los Tratados.”

25 Article 19.1: “Without prejudice to the other provisions of the Treaties and within the limits of the powers conferred by them upon the Union, the Council, acting unanimously in accordance with a special legislative procedure and after obtaining the consent of the European Parliament, may take appropriate action to combat discrimination based on sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation.”

Art 19.1: “Sin perjuicio de las demás disposiciones de los Tratados y dentro de los límites de las competencias atribuidas a la Unión por los mismos, el Consejo, por unanimidad con arreglo a un procedimiento legislativo especial, y previa aprobación del Parlamento Europeo, podrá adoptar acciones adecuadas para luchar contra la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religión, convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.”

26 Article 21 1. “Any discrimination based on any ground such as sex, race, colour, ethnic or social origin, genetic features, language, religion or belief, political or any other opinion, membership of a national minority, property, birth, disability, age or sexual orientation shall be prohibited.” 2. “Within the scope of application of the Treaty establishing the European Community and of the Treaty on European Union, and without prejudice to the special provisions of those Treaties, any discrimination on grounds of nationality shall be prohibited.”

Artículo 21 1. “No discriminación : Se prohíbe toda discriminación, y en particular la ejercida por razón de sexo, raza, color, orígenes étnicos o sociales, características genéticas, lengua, religión o convicciones, opiniones políticas o de cualquier otro tipo, pertenencia a una minoría nacional, patrimonio, nacimiento, discapacidad, edad u orientación sexual. 2. Se prohíbe toda discriminación por razón de nacionalidad en el ámbito de aplicación del Tratado constitutivo de la Comunidad Europea y del Tratado de la Unión Europea y sin perjuicio de las disposiciones particulares de dichos Tratados.”

27 Article 26 “The Union recognises and respects the right of persons with disabilities to benefit from measures designed to ensure their independence, social and occupational integration and participation in the life of the community”.

Artículo 26 – “Integración de las personas discapacitadas. La Unión reconoce y respeta el derecho de las personas discapacitadas a beneficiarse de medidas que garanticen su autonomía, su integración social y profesional y su participación en la vida de la comunidad.”

28 15540/09 of 24 November 2009, Council Decision concerning the conclusion, by the European Community, of the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities. It specifies procedural questions, a declaration of competence, internal application within the European institutions and a reservation

- 15540/09 del 24 de Noviembre de 2009 Decisión del Consejo sobre la Conclusión, por parte de la Comunidad Europea, de la Convención de Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad. En ella se especifican las cuestiones de procedimiento, la declaración de competencias, la aplicación interna dentro de las instituciones Europeas y la reserva.
- 29 The ratification process stood as follows in January 2010 / El Proceso de ratificación se encuentra actualmente de este modo en enero 2010: **Germany/Alemania**: Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007/ Ratified/Ratificado: 24-2-2009 / Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 24-2-2009 // **Austria**: Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 / Ratified/Ratificado: 26-9-2008 / Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 26-9-2008 // **Belgium/Bélgica** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 / Ratified/Ratificado: 2-7-2009 / Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 2-7-2009 // **Bulgaria** Signed/Firmado: 27-9-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 18-12-2008 // **Cyprus/Chipre** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007// **Denmark/Dinamarca** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Ratified/Ratificado: 24-7-2009 // **Slovakia/Eslovaquia** Signed/Firmado: 26-9-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 26-9-2007 // **Slovenia/Eslovenia** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 Ratified/Ratificado: 24-4-2008 / Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 24-4-2008 // **Spain/España** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 Ratified/Ratificado: 3-12-2007 / Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 3-12-2007 // **Estonia** Signed/Firmado: 25-9-2007 // **Finland/Finlandia** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 // **France/Francia** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 23-9-2008 // **Greece/Grecia** Signed/Firmado: 30-3-2007 // **Hungary/Hungría** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 Ratified/Ratificado: 20-7-2007 / Protocol signed/Ratificado el Protocolo: 20-7-2007 // **Ireland/Irlanda** Signed/Firmado: 30-3-2007 // **Italy/Italia** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 / Ratified/Ratificado: 15-5-2009 / Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 15-5-2009 // **Latvia/Letonia** Signed/Firmado: 18-7-2008 // **Lithuania/Lituania** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 // **Luxembourg/Luxemburgo** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 // **Malta** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 // **Netherlands/Paises Bajos** Signed/Firmado: 30-3-2007 // **Poland/Polonia** Signed/Firmado: 30-3-2007 // **Portugal** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 Ratified/Ratificado: 23-9-2009 / Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 23-9-2009 // **United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland/Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte** Signed/Firmado: 30-3-2007 / Protocol signed/Firmado el Protocolo: 26-2-2009 Ratified/Ratificado: 8-6-2009 / Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 7-8-2009 // **Czech Republic/República Checa** Signed/Firmado: 30-3-2007 Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 Ratified/Ratificado: 28-9-2009 // **Romania/Rumania** Signed/Firmado: 26-9-2007 Protocol signed/Firmado el Protocolo: 25-9-2008 // **Sweden/Suecia** Signed/Firmado: 30-3-2007 Protocol signed/Firmado el Protocolo: 30-3-2007 Ratified/Ratificado: 15-12-2008 Protocol ratified/Ratificado el Protocolo: 15-12-2008.
- 30 The UNCRPD has dual implications for the EU: vis-à-vis the Member States, with a declaration of competence, and vis-à-vis the European institutions themselves on the basis of Article 300.7 of the TEC.
La CNUDDP tiene una doble implicación para la UE, de cara a los EEMM con una declaración de competencias y a las propias instituciones europeas a partir del artículo 300.7 TEC.
- 31 The European Disability Forum presented a contribution to the thematic study of the High Commissioner for Human Rights to boost awareness of the structure and role of national mechanisms for applying and monitoring the UNCRPD, September 2009.
El Foro Europeo de la Discapacidad ha presentado "una contribución al estudio temático del Alto Comisionado para los Derechos Humanos para reforzar la concienciación sobre la estructura y el role de los mecanismos nacionales para la aplicación y supervisión de las CNUDDP", Septiembre 2009, [http://cms.horus.be/files/99909/MediaArchive/library/EDF_contribution_OHCHR_contribution_national_frameworks_for_implementation_CRPD\(final\).doc](http://cms.horus.be/files/99909/MediaArchive/library/EDF_contribution_OHCHR_contribution_national_frameworks_for_implementation_CRPD(final).doc).
- 32 An independent mechanism incorporating the Paris Principles and with powers to formulate recommendations for the European Community. Of particular interest in this area is the initiative of the European Consortium of Foundations on Human Rights and Disability, set up by the European Foundation Centre, which brings together major European foundations such as The Atlantic Philanthropies, the Fundación Sabanci, the Fondation de France, the Fundação Calouste Gulbenkian, the Fondazione Banca del Monte di Lucca, and the Fundación ONCE with the aim of promoting the implementation and dissemination of the Convention. Among its other activities at Community level, the Consortium coordinates a report for the European Commission analysing goals and best practices in applying the Convention and its impact on the legal system of the Member States, and on Community law.
Un mecanismo independiente que integre los Principios de París y con competencia para formulación de recomendaciones a la Comunidad Europea. Destaca en este ámbito la iniciativa del Consorcio Europeo de Fundaciones por los Derechos Humanos y la Discapacidad, puesto en marcha por el Centro Europeo de Fundaciones que reúne importantes fundaciones europeas tales como The Atlantic Philanthropies, la Fundación Sabanci, la Fondation de France, la Fundação Calouste Gulbenkian, la Fondazione Banca del Monte di Lucca, y la Fundación ONCE con el propósito de impulsar la implementación y difusión de la Convención. Entre otras actividades a nivel comunitario, el Consorcio coordina un estudio para la Comisión Europea que analiza los retos y mejores prácticas en la aplicación de la Convención y su impacto en el ordenamiento jurídico de los estados miembros, así como en el Derecho comunitario :
<http://www.efc.be/Networking/InterestGroupsAndFora/Disability/Pages/TheEuropeanConsortiumofFoundationsonHumanRightsandDisability.aspx>
- 33 Proposal for a Council Directive on implementing the principle of equal treatment irrespective of religion or belief, disability, age or sexual orientation (COM(2008) 426 final, 2 July 2008).
Propuesta de Directiva del Consejo por la que se aplica el principio de igualdad de trato entre las personas independientemente de su religión o convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual (COM(2008) 426 final, de 2 de julio de 2008).
- 34 A good example in this regard is the European Structural Funds and Disability Observatory InNet16. This observatory will provide monitoring, through a European partnership, co-financed by the Social European Fund, of the application of Article 16 (non-discrimination and accessibility for persons with disabilities) of the General Regulation of the Structural Funds.

- En este sentido destaca el Observatorio Europeo de Fondos Estructurales y Discapacidad Innet16. Este observatorio garantizará un seguimiento, a través de un partenariado europeo, cofinanciado por el Fondo Social Europeo, de la aplicación del artículo 16 (non discriminación y accesibilidad para las personas con discapacidad) del Reglamento General de los Fondos Estructurales http://www.observatoriodeladiscapacidad.es/?q=es/informacion/agenda/18112009/presentaci_n_de_innet16_european_inclusion_network_lanzamiento_del_observatorio
- 35 Statistics in Focus, Theme 3: Employment of Disabled People in Europe 2002, Eurostat 26/2003. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-NK-03-026/EN/KS-NK-03-026-EN.PDF
- 36 Statistical Office of the European Communities (Eurostat) – January 2010. / Oficina de Estadísticas de la Unión Europea (Eurostat) – Enero 2010.
- 37 According to Eurobarometer, Discrimination in the EU in 2009, covering May-June 2009, 56% of the population believes that the economic crisis will contribute to greater discrimination against people with disabilities. Según el Eurobarómetro “Discriminación en la UE en 2009”, correspondiente a mayo-junio 2009, un 56 % de la población cree que la crisis económica contribuirá a un aumento de la discriminación contra las personas con discapacidad. En este sentido, el Comité suscribe íntegramente la vigencia del diagnóstico negativo del Dictamen de iniciativa de 2007 “*Empleo para las categorías prioritarias (Estrategia de Lisboa)*” (CESE, DO C 256 de 27.10.2007, p. 102), realizado a petición del Consejo Europeo de primavera de 23/24 de marzo de 2006.
- 38 The study *El impacto de la crisis económica en las personas con discapacidad y sus familias* (“The impact of the economic crisis on people with disabilities and their families”), published in December 2009 and prepared by the Spanish Committee of Representatives of Persons with Disabilities (CERMI) is recommended on this point, as it documents the effects of the current economic crisis on people with disabilities. En este sentido se recomienda el estudio “*El impacto de la crisis económica en las personas con discapacidad y sus familias*” publicado en Diciembre 2009, elaborado por el Comité Español de Representantes de Personas con Discapacidad (CERMI) que documenta los efectos de la actual crisis económica en la población con discapacidad. <http://www.cermi.es/NR/rdonlyres/6487C9F8-F423-493B-83B8-562CB09201B8/30184/EstudioCERMICrisisyDiscapacidad.doc> For more information / Mas información en www.cermi.es
- 39 Spring 2006 European Council: “A key objective is to increase labour market participation, especially of the young, women, older workers, persons with disabilities and legal migrants and minorities”. Cumbre Europea de Primavera de 2006: “*Uno de los objetivos clave es aumentar la participación en el mercado de trabajo, sobre todo de los jóvenes, las mujeres, los trabajadores de más edad, los discapacitados, los inmigrantes legales y las minorías*”. In many cases, this involves problems arising from a mismatch between skills and the post in question / Tratando en muchos casos con la dificultad de inadecuación de capacidades para el puesto de trabajo.
- 41 The EESC is pleased that the autonomous agreement on inclusive labour markets is being finalised, covering areas such as: transitional measures for persons with special difficulties on the labour market, the effectiveness of professional support services, education and training, the importance of investment in regional development, upgrading access to transport, careservices, housing and education, the ease or difficulty of beginning and sustaining businesses and the role of taxes and the pension system (version of 9 December 2009). El CESE felicita que se esté finalizando el acuerdo autónomo sobre mercados de trabajo inclusivos donde se cubren áreas tales como: medidas de transición para personas con dificultades especiales en el mercado de trabajo, la eficacia de los servicios de acompañamiento profesionales, la educación y formación, la importancia de la inversión en el desarrollo regional, la adecuación del acceso al transporte, atención, alojamiento y educación, la facilidad o dificultad para empezar y sostener negocios y el rol de los impuestos y el sistema de pensiones. (versión 9 de diciembre de 2009).
- 42 Council Directive 2000/78 establishing a general framework for equal treatment in employment and occupation of 27 November 2000. In this connection, the report must be presented to a European conference of all the relevant stakeholders. This report must recognise the efforts of public and private actors that go beyond the minimum provisions laid down by the Directive. Directiva 2000/78 CE del Consejo relativa al establecimiento de un marco general para la igualdad de trato en el empleo y la Ocupación de 27 de noviembre de 2000. En este sentido, el informe debe ser presentado en una Conferencia Europea que convoque a todas las partes interesadas. Este informe debe reconocer el esfuerzo de los agentes públicos y privados que vayan más allá de las disposiciones mínimas que establece la directiva.
- 43 Analysis by the European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, based on data compiled by German Federal Health Monitoring (2007) Análisis de la European Foundation for the Improvement of Living and Working conditions basada en los datos recogidos en el German Federal Health Monitoring (2007). Para mas detalles se puede consultar la página: http://www.gbe-bund.de/gbe10/pkg_isgbe5.prc_isgbe?p_uid=gastd&p_sprache=E
- 44 Other similar examples are the vocational training Europass, and in this connection the qualifications passport ensures recognition of knowledge acquired through unregulated channels but which is nevertheless useful in an employment context, and recognition of which would facilitate entry onto the labour market. Otros ejemplos similares son el Europas en formación profesional, en este sentido el pasaporte de cualificaciones garantiza un reconocimiento de los conocimientos adquiridos de forma no reglada y que sin embargo son útiles en contexto laboral y cuyo reconocimiento favorece una mejor entrada en el mercado de trabajo. European Centre of Employers and Enterprises providing Public services (CEEP). For more information / For more information / Para mas información: <http://www.ceep.eu>
- 45 European Centre of Employers and Enterprises providing Public services (CEEP). <http://www.ceep.eu>
- 46 Which is made worse by the additional cost arising from disability, see note 15 / Que resulta agravado por el sobrecoste que supone la de la discapacidad, ver nota 15.

- 47 This could be in the form of a training and awareness-raising campaign for European citizens and political office-holders focusing on the free movement of citizens and their social security rights, and this would also fill the existing information gap. Podría tener un formato de campaña de formación y concienciación de ciudadanos europeos y responsables políticos con respecto a la libre circulación de ciudadanos y sus derechos de seguridad social solucionaría igualmente la falta de información existente.
- 48 European Foundation for the Improvement of Living and Working conditions.
- 49 European Foundation for the Improvement of Living and Working conditions.
- 50 The European Commission has created a new Progress Microfinance Facility to come into force from 2010. This facility should help workers who have lost their jobs get back into employment. It is important that this facility should also be of use to people with disabilities. Micro-credit in the EU means loans of less than EUR 25 000, for micro-enterprises employing less than 10 people (91% of all European businesses) and unemployed or inactive people. La Comisión Europea ha creado un Nuevo instrumento Progress de microfinanciación operativo a partir de 2010. este instrumento debe facilitar la reincorporación en el empleo de trabajadores que hayan perdido su puesto de trabajo. Es importante que este instrumento sea también útil para las personas con discapacidad. Micro crédito en la UE significa préstamos de hasta 25.000 EUR para microempresas que empleen menos de 10 personas (91% de todas las empresas europeas) y para desempleados o personas inactivas. For more information / Para mas información:
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=es&catId=89&newsId=547>
- 51 Guide on *Creating an inclusive society: mainstreaming disability based on the social economy example*. "Guía par la creación de una sociedad inclusiva: transversalidad de la discapacidad basada en el ejemplo de la economía social" Social Economy Europe, Agosto 2007
http://www.socialeconomy.eu.org/IMG/pdf/Guide_on_Disability_Mainstreaming_and_Social_Economy.pdf
- 52 EESC opinion, OJ C318, 23.12.2009, p. 113.
- 53 It should be pointed out that the European Commission now has a mandatory ethical code including aspects such as promotion and selection procedures. However, this does not entail either the introduction of quotas or gathering information to provide official statistics. Es importante señalar que hoy la Comisión Europea cuneta con un Código Deontológico de obligatorio cumplimiento con elementos tales como promoción y consideración en los procesos de selección. No obstante esto no implica ni el establecimiento de cuotas ni una recogida de información que provea cifras oficiales.
- 54 Similarly, support service professionals, including family members or voluntary workers, must be granted social recognition by being included in the social security system, harnessing the experience they have built up, training courses, technical resources, relief replacements or any other measure to facilitate their work, rest or better care for persons with disability with a view to ensuring that care for dependency is a social service. De igual modo, los profesionales de los servicios de asistencia, incluidos familiares o voluntarios, deben obtener reconocimiento social a través del alta en el sistema de Seguridad Social, en la valoración de la experiencia acumulada, cursos de formación, medios técnicos, reemplazantes o cualquier otra medida que facilite su trabajo, su descanso o la mejor atención a las personas con discapacidad para garantizar que la atención a la dependencia sea un servicio social.
- 55 *La inserción laboral de las personas con discapacidad - Concienciación empresarial y compromiso social* ("Labour integration of persons with disabilities – employer awareness and social commitment"), a study drawn up by PricewaterhouseCoopers (PwC) under the 2000-2006 anti-discrimination operational programme, co-financed by the European Social Fund. Edited and published under the 2007-2013 anti-discrimination operational programme. Co-financed by the European Social Fund and the Fundación ONCE. The Cooperation Agreement between the Fundación ONCE and PwC is also worthy of note. It is based on three main pillars, the Diversia project (1) integrating people with disabilities into the work environment; the Family Plan (2) supporting workers who have a family member with a disability; and lastly the Talent without Barriers campaign (3) whose aim is to ensure that 3% of newly recruited graduates should be persons with disabilities (further information at www.fundaciononce.es). One of the most common stereotypes is to consider persons with disabilities to be less productive. "*La inserción laboral de las personas con discapacidad - Concienciación empresarial y compromiso social*". Estudio elaborado por PricewaterhouseCoopers (PwC) en el marco del Programa Operativo de Lucha contra la Discriminación 2000-2006, cofinanciado por el Fondo Social Europeo. Editado y publicado en el marco del Programa Operativo de Lucha contra la Discriminación 2007-2013. Cofinanciado por el Fondo Social Europeo y Fundación ONCE. Destaca igualmente el Convenio de colaboración entre Fundación ONCE y PwC que se basa en tres pilares principales, el proyecto Diversia (1) de inclusión de personas con discapacidad en el medio de trabajo; el Plan Familia (2) de apoyo a los trabajadores que tienen algún familiar con discapacidad; y por último, la campaña Talento sin barreras (3) cuyo objetivo es conseguir que el 3% de las nuevas incorporaciones de titulados superiores, sean personas con discapacidad (mas información en www.fundaciononce.es). Uno de los estereotipos mas frecuentes es el de achacar menor productividad.
- 56 European Foundation for the Improvement of Living and Working conditions. <http://www.eurofound.europa.eu/>
- 57 Both are systems to ensure that PWD enjoy equal rights at work / Sistemas ambos de garantía de igualdad de derechos de las PCD en el empleo.
- 58 Including support and mentoring strategies both before and during employment. It should also support integration into the ordinary market through skills assessment, with a coherent and realistic project based on the applicant's strengths and skills, identifying obstacles, helping to prepare CVs and interviews, and providing encouragement and guidance in job-seeking. Département Travailleurs Handicapés de l'OGBL (Department for Workers with Disabilities, Luxembourg Confederation of Independent Trade Unions. Incluyendo estrategias de acompañamiento y apadrinamiento como paso previo al empleo y durante el mismo. Y que apoye la integración el mercado ordinario a través de la evaluación de capacidades, dotando de un proyecto coherente y realista, que nazca

de las virtudes y competencias del candidato, que señale los obstáculos, que ayude a la preparación del CV y la preparación de la entrevista, así como la motivación y orientación en la búsqueda de empleo. Département Travailleurs Handicapés de l'OGBL (Departamento de trabajadores con discapacidad de la Confederación Luxemburguesa de Sindicatos Independientes)

59 Very similar to the "qualifications passport", reflecting the professional experience of workers with disabilities
Muy similar al "pasaporte de cualificaciones", reflejando la experiencia profesional de los trabajadores con discapacidad

60 European Centre of Employers and Enterprises providing Public services (CEEP). <http://www.ceep.eu>
European Centre of Employers and Enterprises providing Public services (CEEP). <http://www.ceep.eu>

61 Companies must adapt their human resources policies to create a conducive environment, a proactive approach to new conditions, early intervention and management and coordination in cases of people returning to work.
Las empresas deben adaptar sus políticas de recursos humanos creando un entorno saludable, reacciones proactivas ante condiciones nuevas, intervención temprana y gestión y coordinación de casos de reincorporación al trabajo

62 European Centre of Employers and Enterprises providing Public services (CEEP). <http://www.ceep.eu>
Council Resolution (2008/C 75/01) "*Accessible built environments, transport and Information and Communication Technology (ICT), both in urban and rural areas, are crucial for the realisation of a society which provides genuine access to equal rights, offering its citizens real autonomy and the means to pursue independent and active economic and social lives. Such accessibility represents no less than a cornerstone of an inclusive society based on non-discrimination*"
Consejo de la Unión Europea (2008/C 75/01): "*La existencia de entornos construidos accesibles, transporte y tecnologías de la información y de la comunicación (TIC) tanto en áreas urbanas como rurales, resultan cruciales para la realización de una sociedad que facilite un acceso efectivo a la igualdad de derechos, ofreciendo a sus ciudadanos una autonomía real y los medios para poder llevar a cabo vidas social y económicamente activas e independientes. Dicha accesibilidad representa nada menos que una piedra angular de una sociedad integradora basada en la no discriminación*".

63 EESC opinion, OJ C 93, 27.4.2007, p. 32. / Dictamen del CESE, DO C 93 de 27.4.2007, p. 32.

64 Since people with disabilities form a heterogeneous group but have equal rights / Ya que las personas con discapacidad componen un grupo heterogéneo pero con igualdad de derechos.

65 This will help to prevent the creation of new barriers / Esto ayudará a impedir la creación de nuevas barreras.

66 Schools, universities, health centres, hospitals, administrative centres, public offices, public services.
Colegios, Universidades, Centros de Salud, Hospitales, Centros administrativos, Oficinas públicas, servicios públicos.

67 Museums, cinemas, theatres, concert halls, exhibition halls, hotels, banks, shopping centres.
Museos, cines, teatros, auditorios, salas de exposiciones, hoteles, bancos, centros comerciales.

68 EESC opinion, OJ C 110, 9.5.2006, p. 26. The Council Resolution on 6 February 2003 "eAccessibility" — improving the access of people with disabilities to the knowledge based society" (OJ C 39, 2003, p. 5) should also be mentioned
Dictamen del CESE, DO C 110 de 9.5.2006, p. 26. Conviene recordar también la Resolución del Consejo de 6 de febrero de 2003 sobre "*Accesibilidad electrónica*" – Mejorar el acceso de las personas con discapacidad a la sociedad del conocimiento " (DO C 39, 2003, p. 5).

69 COM(2007) 501final.

70 As set out in Articles 41 and 42 of Commission Regulation (EC) No 800/2008 of 6 August 2008 declaring certain categories of aid compatible with the common market in application of Articles 87 and 88 of the Treaty (General block exemption Regulation).
Tal y como recogen los artículos 41 y 42 del Reglamento (CE) n° 800/2008 de la Comisión, de 6 de agosto de 2008, por el que se declaran determinadas categorías de ayuda compatibles con el mercado común en aplicación de los artículos 87 y 88 del Tratado (Reglamento general de exención por categorías).

71 Council Directive 2000/78 establishing a general framework for equal treatment in employment and occupation of 27 November 2000.
Directiva 2000/78 CE del Consejo relativa al establecimiento de un marco general para la igualdad de trato en el empleo y la Ocupación de 27 de noviembre de 2000.

72 See, in this regard, the standards already being implemented under mandates 376 and 420 / En este sentido destacan los estándares que ya se están desarrollando bajo los mandatos 376 y 420.
For more information / Para más información:
http://ec.europa.eu/information_society/activities/einclusion/archive/depoy/pubproc/eso-m376/index_en.htm y
<http://cms.horus.be/files/99909/MediaArchive/M420%20Mandate%20Access%20Built%20Environment.pdf>

73 The Prize will seek to encourage European cities to take on board the principle of universal access in all aspects of urban planning, administration – including –administration – and local public life (public buildings and services, web pages, education, health, etc.). The Prize will reward compliance with demanding specific criteria regarding the definition of a "European City of Universal Access". The programme will come under the future European Disability Strategy, the Territorial Agenda and the Leipzig Charter on Sustainable European Cities, and the forthcoming Sustainable European City benchmark.
El Premio buscará incentivar a las ciudades europeas a incorporar el principio de accesibilidad universal en todos los aspectos de la planificación urbana, administración, incluida la administración electrónica y de la vida pública local (edificios y servicios públicos, páginas web, educación, sanidad, etc.) El premio simbolizará el cumplimiento de exigentes criterios específicos en torno a la definición de una 'Ciudad Europea de la Accesibilidad Universal'. El programa se inscribirá en el marco de la futura Estrategia europea para la Discapacidad, la Agenda Territorial y la Carta de Leipzig sobre Ciudades Europeas Sostenibles así como del inminente Marco de Referencia de la Ciudad Europea Sostenible.

-
- 74 In spite of its shortcomings, it marks a step forward that should be welcomed, and should be further improved in the immediate future since it guarantees equal access for PWD travelling by air and rail, and must continue to follow the example of the recent US legislation on this subject, which is more advantageous to such travellers than its European counterpart.
- A pesar de sus insuficiencias, ha sido un avance que hay que saludar, y seguir mejorando en el inmediato futuro, ya que garantiza igual acceso para las PCD en avión y en tren, y debe seguir el ejemplo de la reciente legislación norteamericana en la materia, que es más favorable para estos pasajeros que la europea.
- 75 COM(2005) 425 final, COM (2008) 804 final.
- 76 Declaration on e-Inclusion: Ministers of Transport and Communication of the European Union. April 2003.
- 77 Declaración sobre Inclusión Electrónica: Ministros de Transporte y Comunicación de la Unión Europea. Abril 2003.
- 78 In keeping with the provisions of Article 27 of the UNCPRD / Siguiendo las indicaciones del artículo 27 de la CNUDPD.
- The European Disability Forum slogan which, as EDF President Yannis Vardakastanis explained, "*Nothing about us without us' is the essence of the disability ideology ... our collective work and our personal commitment*", EDF General Assembly 2009.
- Eslogan del EDF que como manifiesta su Presidente Yannis Vardakastanis: "*Nada sin nosotros sobre nosotros es la esencia de la ideología de las personas con discapacidad. de su trabajo colectivo y su compromiso personal*" Asamblea General EDF 2009.
- 79 An example of good practice is provided by the Danish reports on employment, social inclusion and social protection in conjunction with the analysis carried out by civil society. As set out in the University of Leeds study (Professor Mark Priestley).
- Un ejemplo de buena práctica son los informes de Dinamarca en empleo, inclusión social y protección social que anexan el análisis realizado por la sociedad civil. Tal y como figura en el estudio de la Universidad de Leeds (Prof. Mark Priestley).
- 80 Following the Danish model of involvement in drawing up reports on national reform plans and national social inclusion and social protection plans.
- Siguiendo el modelo danés de participación en la elaboración de informes sobre los Planes Nacionales de reforma y la los Planes Nacionales sobre Inclusión Social y Protección Social.
-